

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 43

1. Oktober 1965

Einzelpreis S 3,-

LOHNFORDERUNGEN !

einzig richtige Antwort auf die Teuerung

Die Preiserhöhungen, die in den letzten Monaten vor sich gegangen sind, haben ein Ausmaß erreicht, das den Umfang aller Teuerungswellen der letzten Jahre in den Schatten stellt. Zu den üblichen Begründungen, welche die Regierungsparteien gewöhnlich für solche Raubzüge an der arbeitenden Bevölkerung haben, fügen sie jetzt auch noch den heuchlerischen Hinweis auf die Unwetterkatastrophen, die einzelne Teile unseres Landes heimgesucht haben. Die Teuerungspolitiker zeigen damit, daß sie sogar aus der Not ein Geschäft zu machen bereit sind, bei dem die Opfer einige dürftige Almosen erhalten werden, sich aber eine Masse von Leuten die Taschen vollstopft, die niemals Not gelitten haben und für die sich sogar weit entfernt niedergehende Wolkenbrüche in einen Goldregen verwandeln.

Wie reagiert die österreichische Arbeiterschaft auf die enormen Preiserhöhungen? Zweifellos ist es so, daß in der arbeitenden Bevölkerung große Beunruhigung herrscht - doch zu entscheidenden Aktionen für eine Abgeltung der Teuerung durch entsprechende Lohnerhöhungen ist es bisher nicht gekommen. Wieso?

Der Grund dafür liegt nicht einfach in einer mangelnden Bereitschaft der Arbeiter, für ihre Interessen einen energischen Kampf zu führen - bei weit geringeren Preiserhöhungen in der Vergangenheit gab es machtvolle Aktionen der Arbeiter für Lohnerhöhungen und Teuerungsausgleich! - sondern darin, daß es in unserem Lande heute keine organisierte Kraft gibt, die den Arbeitern einen klaren

Aus dem Inhalt:

Seite	
8	Der Tiroler Kandidaturverzicht und der Antikommunismus
11	Interview mit Genossen NGUYEN MINH PHUONG
18	Die westdeutschen Wahlen
19	Dokumente westdeutscher Gegenwart
20	Die Pleite des "nordischen Sozialismus"
22	Die Ausschlußmaschine läuft
26	Tatsachen zur Kaschmirfrage
27	Der CIA und der Kaschmir-Konflikt

Weg zeigt, die wirklich bereit und imstande wäre, jenen breiten Lohnkampf zu organisieren, der für die Arbeiterklasse der einzig wirklich erfolgreiche Weg ist, sich den Preiswucherern gegenüber schadlos zu halten!

Die KPÖ - früher zweifellos ein echter Vortrupp der Arbeiterklasse, der sie zum aktiven Kampf gegen die Angriffe des Kapitals mobilisierte - hat inzwischen vom Kampf gegen den Kapitalismus auf die "Mitbestimmung" im Kapitalismus, von einer prinzipienfesten proletarischen Klassenpolitik auf die "weiche Welle" gegenüber der rechten SP-Führung umgeschaltet. Das bedeutet nicht nur, daß sie die faule Politik der SP- und ÖGB-Führung nicht mehr ernsthaft kritisiert (wie kann sie das auch, wenn sie ihre Anhänger dazu bringen will, immer öfter diese SP zu wählen!), sondern daß sie selbst diese faule Politik immer unbekümmerter mitmacht. Dementsprechend schauen auch die Forderungen aus, welche die KPÖ den Arbeitern angesichts des neuesten Angriffs der Unternehmer und ihres Staates auf die Reallöhne empfiehlt. Wir zitieren aus einer in der "arbeit" vom September 1965 veröffentlichten Erklärung der "Gewerkschaftlichen Einheit":

„Keine Zustimmung zu Preis- und Tarifierhöhungen in der Paritätischen Kommission und in anderen Körperschaften ohne vorherige Vorlage der Kalkulationsunterlagen und der Bilanzen jener Firmen, die Preiserhöhungen beantragen. Kontrolle der Kalkulationen bzw. der Unterlagen durch den Betriebsrat und Vertreter der Arbeiterkammer. Allgemeines Kartellverbot und Verbot von Preisabsprachen. Herabsetzung der Handelsspannen. Plakatierung der Preistreiber, wie es Raab schon vor Jahren angekündigt hat. Die Konsumvereine sollen preisregulierend wirken. Wirksame Maßnahmen auf dem Gebiete des Außenhandels durch Aufhebung von Einfuhrbeschränkungen, Zollsenkungen usw.“

Können solche Maßnahmen der Teuerung Einhalt gebieten und den Arbeitern ihr Realeinkommen sichern? Nein! In der Vergangenheit wurde das oft genug bewiesen.

Typisch ist schon, daß sich die erste und oberste Forderung der GE an die berüchtigte "Paritätische Kommission" wendet! Nicht der Appell an die Kampfkraft und Aktivität der Arbeiter, sondern die Appellation ausgerechnet an das Koalitionsorgan, das lediglich dazu geschaffen wurde und bestimmt ist, die Teuerung amtlich zu sanktionieren und Lohnerhöhungen zu sabotieren! Die GE tut geradeso, als bestünde die Möglichkeit, daß die Vertreter der Regierungsparteien, die in der "Paritätischen" sitzen, um der Teuerung ihren Segen zu geben (mehr als 1.000 Verteuerungen hat dieses feine Amt schon legalisiert, berichtete vor kurzem noch die "Volksstimme"!), plötzlich einen politischen Salto mortale machen und zu Kämpfern gegen die Teuerung werden. Nach all den Erfahrungen, welche die österreichische Arbeiterklasse in den vergangenen Jahren mit der "Paritätischen" gemacht hat, ist eine solche Vorstellung nicht nur lächerlich, sondern ein direkter Betrug an der Arbeiterschaft, denn sie bedeutet, diese Paritätische Kommission als ein Instrument hinzustellen, das im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Preissteigerungen entgegenwirken soll. Das ist genau jene Hauptlüge, mit der die Koalitionspolitiker die Rolle dieser Kommission des Preiswuchers und des Lohndrucks beschönigen!

Urteilen wir zu streng? Im Gegenteil. Denn eigentlich könnten wir so-

gar noch froh sein, wenn die GE wenigstens verlangen würde, daß die "Paritätische" die Teuerung stoppt. Sieht man genauer hin, so entdeckt man, daß die GE-Erklärung garnicht so viel verlangt, sondern weit weniger: sie fordert nicht, daß die Paritätische Kommission Preissteigerungen verbietet, sondern will lediglich das Verfahren verbessern, auf Grund dessen sie Teuerungen erlaubt! Offenbar haben die Verfasser garnichts gegen die Sanktionierung von Preiserhöhungen - vorausgesetzt, daß man seitens der "Paritätischen" vorher in die "Kalkulationsgrundlagen" und "Bilanzen" ausreichenden Einblick genommen hat. Es handelt sich dabei - wohlgemerkt - um den Einblick in einen Zahlenzauber, von dem nichteinmal gewiegte Fachleute sagen können, was daran richtig, was "frisirt" und was überhaupt erlogen ist! Was die Unternehmer der Paritätischen Kommission an Zahlen vorlegen, rechtfertigt natürlich - überhaupt vom Standpunkt ihrer Profitwirtschaft aus - Preiserhöhungen, denn sonst kämen sie damit erst garnicht zur Kommission. Was sich an der Teuerung ändern würde, wenn solche von hochbezahlten Experten für Bilanzfrisuren erstellte und ausgewählte "Unterlagen" nun auch einigen Gewerkschafts- oder Arbeiterkammerfunktionären unter die Nase gehalten werden, bleibt schleierhaft. Die Sanktionierung der Teuerung würde weitergehen - nur mit dem Unterschied, daß sie nun auch die "Billigung" durch Gewerkschaftler hätte - zur Freude und zum Vorteil der Preistreiber! Wie leicht man in die Räder des Teuerungsmechanismus geraten kann, indem man "Mitbestimmung" spielt, dafür gibt es schon lehrreiche Beispiele: In vielen Betrieben, vor allem in verstaatlichten, gibt es von Firmenleitung und Betriebsrat gemeinsam beschickte Ausschüsse, welche über die Preise in den Werksküchen und Werkskantinen, betrieblichen Erholungsheimen usw. beschließen. Das sieht sehr demokratisch aus. Aber auf Grund welcher "Unterlagen" beschließen sie? Auf Grund jener, welche die kapitalistische Gesamtwirtschaft im allgemeinen, die betreffende Betriebsleitung im besonderen liefert! So kommt es, daß alle diese Ausschüsse bereits seit Jahr und Tag Preiserhöhungen beschließen und sanktionieren, weil es "eben nicht anders geht" und "leider alles teurer wird". Die betroffenen Arbeiter können dagegen garnicht viel sagen - waren es doch ihre eigenen Vertreter, welche die "Notwendigkeit" eingesehen und das "Unvermeidliche" beschlossen haben.

Die zweite Forderung der GE ist "allgemeines Kartellverbot und Verbot von Preisabsprachen". Das sind schöne Worte, fromme Wünsche - sonst nichts. Denn um solche Verbote nicht nur zu erreichen, sondern ihre Verwirklichung zu gewährleisten, dazu bedürfte es einer gewaltigen, organisierten Kraft - neben der bürgerlichen Staatsmacht, die sowas bestenfalls formell beschließt, aber niemals und nirgends praktisch zu verwirklichen bereit ist. Bekanntlich gibt es nicht wenige kapitalistische Länder, in denen Kartelle udgl. offiziell verbo-



"Um Gottes Willen, Mann! Wollen Sie denn die Inflation?!"

ten sind, was nichts daran ändert, daß dort dennoch die größten und räuberischsten Monopolorganisationen existieren. Hat die Arbeiterbewegung aber bereits die Kraft, die tatsächliche und nicht bloß formelle Auflösung von Kartellen und anderen Preistreiberorganisationen zu erzwingen, dann befindet sie sich faktisch bereits in einem Entwicklungsstadium der proletarischen Revolution, in einer Phase, in der es im Grunde nicht mehr bloß um die Beseitigung der Kartelle, sondern des Kapitalismus überhaupt geht. Heute, in einer Situation, wo die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, die Arbeiterbewegung zumindest auf jener Front zu einem Gegenangriff zu führen, wo sie ihrem Gegner unmittelbar gegenübersteht, wo sie sich am ehesten und besten organisieren läßt, wo sie auf ihren Gegner den unmittelbarsten Druck ausüben und ihm am leichtesten reale Zugeständnisse abringen kann, nämlich auf dem Lohnsektor - in dieser Situation die Forderung nach einem Kartellverbot voranzustellen, das unter den gegebenen Umständen bestenfalls ein papierenes Verbot werden kann, das bedeutet in Wahrheit, die Arbeiter irrezuführen und um jeden wirklichen Erfolg zu bringen.

Ganz und gar eine Augenauswischerei ist es, die "Plakatierung der Preistreiber" zu verlangen. Wer soll die Preistreiber denn anprangern? Sie selber? Kann denn irgendjemand ernstlich glauben, daß jene Großkapitalisten und ihre Regierung, welche die Teuerung organisieren, sich selber plakatieren werden - "Wir, Mautner-Markhof, Melnhof, Gunthoff, usw., wir, die Industriellenvereinigung, die Wirtschaftskammern usw., wir, ihre Regierung, Ämter, Behörden, paritätischen und unparitätischen Kommissionen sind Preistreiber!" Die Plakatierungsforderung ist entweder eine Illusion oder die Forderung nach einer demagogischen Aktion, die den Volkszorn auf ein paar kleine oder mittlere Preistreiber lenkt, die halt auch ein paar Brocken erwischen wollen, wenn die "oben" Milliarden scheffeln.

Wie steht es mit der Forderung nach Herabsetzung der Handelsspannen? Es ist eine richtige Forderung, wenn damit die Spannen des Groß- und Zwischenhandels gemeint sind, der in Österreich vielfach ausgesprochen parasitäre Züge trägt. Merkwürdigerweise verzichtet die GE auf eine so notwendige Präzisierung, womit auch hier die Unterscheidung zwischen den "Großen" und den "Kleinen" verloren geht. Darüber hinaus muß klar sein, daß der Kampf gegen ungerechtfertigte und überhöhte Handelsspannen das Problem der Teuerung nur teilweise berührt, denn die Quellen der Teuerung liegen eben nicht einfach beim Handel, sondern bei den Großkapitalisten aller Sparten; nicht nur die Profiteure aus der Sphäre der Warenzirkulation, ihrer Verteilung, sind hier am Werk, sondern erst recht die der Warenproduktion, ihrer Herstellung. Erst aus dem edlen Zusammenwirken der Drahtzieher der kapitalistischen Produktion, des Handels, des Bank- und Finanzwesens sowie des ihren Interessen dienenden Staates kann eine solche Teuerungswelle entspringen, wie wir sie gegenwärtig erleben.

Über die "preisregulierende Rolle der Konsumvereine" zu sprechen, ist angesichts der Ergebnisse einer jahrzehntelangen Tätigkeit der GÖC nicht allzu überzeugend. Wo haben die Konsumvereine in Österreich bzw.

in einem anderen kapitalistischen Land jemals ein ernstliches Hindernis von Teuerungswellen gebildet? Sogar wenn die Kommandoposten der Konsumvereine keine Pfründen für Protektionskinder wären, denen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung herzlich wenig bedeuten, selbst wenn sie nicht so ausschließlich nach kapitalistischen Profitprinzipien aufgebaut und gelenkt würden, könnten sie kein entscheidendes Hindernis einer Teuerung sein, die eben nicht nur aus dem Handel kommt. Übrigens sitzen die Vertreter der österreichischen Konsumvereine ja auch in der "Paritätischen Kommission" und lehnen dort Preiserhöhungen nicht etwa ab, sondern stimmen ihnen fleißig zu.

Und die "wirksamen Maßnahmen auf dem Gebiet des Außenhandels durch Aufhebung von Einfuhrbeschränkungen und durch Zollsenkungen"? Auch ihre Möglichkeiten und Grenzen hat das arbeitende Volk in den vergangenen Jahren genügend kennengelernt. Bestenfalls handelte es sich um kurzlebige Ergebnisse, deren Früchte zudem immer weit eher in den Taschen der Großhändler verschwanden, als daß sie der einkaufenden Hausfrau zugute gekommen wären. Es ist wenig Hoffnung, daß sich daran in der nächsten Zukunft viel ändern wird.

Das ist also das "Kampfprogramm" der GE bzw. der KPÖ gegen die Teuerungswelle: Teils völlig illusionäre, falsche oder sogar irreführende Forderungen, teils der Ruf nach Maßnahmen, die absolut ungenügend sind, um mit dem Problem fertig zu werden, das die Teuerung für die Arbeiterhaushalte bildet. Mit einem solchen schwindsüchtigen Programm der Teuerung den Kampf anzusagen zu wollen, ist bloße Spiegelfechterei, eine schlechte Nachahmung eines Scheinkampfes, wie ihn der SP-Vorstand in solchen Fällen seit Jahrzehnten führt.

Wissen das die führenden Funktionäre der Gewerkschaftlichen Einheit und der KPÖ nicht? Haben sie wirklich all das vergessen, was sie selber noch vor einigen Jahren ausgezeichnet wußten, hundertemale sagten und schrieben?

WENN DIE ARBEITER AUF LOHNERHÖHUNGEN VERZICHTEN, WERDEN DIE KAPITALISTEN DIE PREISE NUR MEHR LANGSAM IN DIE HÖHE TREIBEN

Bundeskanzler Klaus lobte am 25. September 1965 in einer Radiorede die vom ÖGB-Vorstand geübte Zurückhaltung bei der Unterstützung von Lohnforderungen. Würden die Arbeiter auf Grund der Teuerung Lohnforderungen stellen, so würde das laut Klaus zu einem neuerlichen Preisauftrieb führen.

Und was geschieht, wenn sich die Arbeiter die Entwertung ihrer Löhne durch die Teuerung gefallen lassen? Die Antwort erfährt man aus dem "Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen". Wie aus diesem Wechselbalg der "Paritätischen Kommission" verlautet, wird nach den dort durchgeführten Berechnungen die Teuerung im kommenden Jahr etwas geringer sein als heuer. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter weiter "stillhalten" und die "Preisdämpfungsbemühungen" der Koalitionsregierung nicht durch Lohnforderungen "stören".

Kommentar überflüssig!

■ Auf dem kapitalistischen Markt, wo alles zur Ware wird, stehen sich im Grunde nur zweierlei Gruppen von Verkäufern gegenüber: die Kapitalisten, welche Euch die Lebensmittel, Kleider, Gebrauchsgegenstände usw. verkaufen, die Ihr zu Eurer Erhaltung braucht; und Ihr selbst, die Arbeiter, deren Arbeitskraft die Kapitalisten kaufen müssen, damit ihre Maschinen laufen, ihre Betriebe Profit abwerfen. Verteuern nun die Kapitalisten das, was sie Euch zum Kauf anbieten und was Ihr zu Eurer Existenz braucht, so müßt Ihr Arbeiter eben auch das verteuern, was Ihr Eurerseits den Kapitalisten anbietet und was sie zu ihrer Existenz brauchen: Eure Arbeitskraft. Nur so könnt Ihr Euch wirkungsvoll wehren, nur so den Angriff der Kapitalisten paralisieren, nur so der Wirkung ihrer Manipulationen zu ihrem Vorteil und zu Eurem Schaden entgegen! Fordert der Kapitalist oder sein Staat für das, was er bisher um 10 Schilling anbot, jetzt 12 oder 13 Schilling, so muß unbedingt auch der Arbeiter für die Leistung,

EINE VERBLÜFFENDE ENTDECKUNG . . .

Zum Sozialismus kommt man nicht auf leisen Sohlen

VON FRANZ MAREK

Kein Überraschungszug zum Sozialismus

Von Franz Marek

Wie wir der "Volksstimme" vom 22. und 24. September d. J. entnehmen (siehe die obigen Schlagzeilen) vertritt das Mitglied des Polbüros der KPÖ Franz Marek nun einen Standpunkt, der beim Hauptautor der revisionistischen "Thesen über Perspektiven" einigermaßen verblüffend ist. Die Hoffnung, daß sich Franz Marek damit von diesen auf die Erhängung der Diktatur des Proletariats und faktisch auf die proletarische Revolution überhaupt verzichtenden "Thesen" distanziert, ist allerdings gänzlich unbegründet.

UND EINE VERBLÜFFENDE GEMEINSAMKEIT

Vor einer Sozialoffensive des ÖeAAB

Mitbestimmung für Arbeitnehmer

VOLKSBLATT 24. September 1965

Wie die obenstehende Schlagzeile aus dem "Volksblatt" vom 24. 9. 1965, dem Zentralorgan der Unternehmerpartei, sowie der nebenstehende Ausschnitt aus der Nummer vom 26. 9. desselben Blattes zeigt, hat der ÖAAB, einer der drei "Bünde" der ÖVP, auf seinem Bundestag in Krems beschlossen, den Kampf für die "Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb" auf seine Fahnen zu schreiben.

Krems (Eigenbericht). — Dem ÖAAB geht es nicht nur um Fortschritte in der Sozialpolitik, sondern auch um die Sozialreform durch Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und durch Mitbestimmung im Betrieb, erklärte der sozialpolitische Referent des ÖAAB, NR. Dr. Karl Kummer, vor dem Bundestag in Krems.

Die sogenannte "Mitbestimmung" der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft ist damit zu einer gemeinsamen Forderung von SPÖ, KPÖ und ÖVP geworden, womit die von Friedl Färnberg im November 1964 (siehe "Weg und Ziel" 11/64, Seite 640) gegebene Einschätzung, daß heute alle "demokratischen Parteien" Österreichs von den "Ideen des Sozialismus beeinflußt oder sogar mehr oder weniger erfaßt" sind, eine erstaunliche Bestätigung erhält — vorausgesetzt freilich, daß man die "Mitbestimmung" und "Mitverantwortung" der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft für einen Schritt zum Sozialismus hält.

■ die ihm bisher 10 Schilling einbrachte, jetzt 12 oder 13 Schilling verlangen. Nur so kann er der effektiven Verschlechterung seiner Lage, der tatsächlichen Verminderung seines Lohnes entgehen. ■ Das ist die ganze Wahrheit. Und sie gilt heute wie je.

Niemand, der diese Grundwahrheit einmal begriffen hatte, wird sie je wieder vergessen können. Wenn er sie dennoch plötzlich nicht mehr über die Lippen bringt, so hat das andere Ursachen. Die Dinge haben ihre eigene Konsequenz: entweder man will einen ernstesten proletarischen Klassenkampf — oder eine sogenannte "Mitbestimmung", entweder eine selbständige Politik als wirklich kommunistische Partei — oder ein Unterkriechen bei der rechten SP-Führung. Beides zugleich geht nicht. Die revisionistischen Führer der KPÖ haben sich für das letztere entschieden und so müssen sie immer mehr auch die reformistischen Patiententrepte nachbeten, mit denen die SP-Führung die Arbeiter seit vielen Jahren foppt und narrt.

So kommt es, daß die Fraktion der GE bei den Angestellten in einer dem ÖGB-Vorstand überreichten Erklärung zwar die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen feststellt, jedoch kaum Anstrengungen macht, solche Lohnkämpfe auch tatsächlich zu organisieren.

So kommt es, daß die GE die alte Losung der Sicherung der Real-löhne durch Anpassung an das gestiegene Preisniveau und an die wesentlich höhere Arbeitsproduktivität immer mehr durch die Übernahme der oberflächlichen und demagogischen Formel der "Erhaltung der Kaufkraft des Schillings" ersetzt.

So kommt es, daß "Elitebetriebe", deren Arbeiter den Kampf um ihre wirtschaftlichen Interessen in vorbildlicher Weise führen konnten, weil sie sich auf eine feste kommunistische Mehrheit im Betriebsrat stützten, heute immer weniger in Erscheinung treten und damit Stück um Stück auch diese Mehrheit verlieren.

So kommt es, daß heute nicht nur der Widerstand der SP- und Gewerkschaftsführung gebrochen werden muß, um Lohnforderungen durchzusetzen, sondern auch immer mehr Druck von unten erforderlich ist, um die GE dazu zu bringen, sich an die Spitze von Lohnbewegungen zu stellen.

Dennoch ist es dringend notwendig, Lohnforderungen zu erheben und energische Lohnkämpfe zu führen. Die österreichische Arbeiterschaft hat Kraft und Möglichkeiten genug, dabei erfolgreich zu sein, wenn sie sich nicht von nebulösen "Mitbestimmungs"-Theorien ablenken läßt, deren "sozialpartnerische" Pferdefüße immer wieder sichtbar werden.

F. J.

Die "Rote Fahne" ist für jede finanzielle Unterstützung dankbar und braucht diese Unterstützung gerade jetzt sehr dringend. Doch sie weiß auch, daß ihre Leser eine solche Hilfe nicht in gleichem Maß geben können und es manchem Genossen fast unmöglich ist. Jeder Leser aber kann uns helfen, wenn er uns Namen und Adresse zumindest eines Interessenten bekanntgibt, an den wir in den nächsten Wochen Probe-Exemplare versenden können. Nicht wenige solcher Interessenten, auf die uns unsere Leser aufmerksam gemacht haben, sind heute schon Abonnenten und Förderer der "Roten Fahne".

Der Tiroler Kandidaturverzicht und der Antikommunismus

Der Beschluß der KPÖ-Revisionisten, bei den Tiroler Landtagswahlen auf eine eigene Kandidatur der KPÖ zu verzichten und ihre Andeutungen, einen solchen Verzicht bei den kommenden Nationalratswahlen ganz oder teilweise zu wiederholen, haben in den Organisationen der Partei heftige Diskussionen, oft stürmische Proteste ausgelöst. Viele Genossen, die den von der Parteiführung betriebenen Ausverkauf bisher noch nicht wahrhaben wollten, sehen jetzt, wohin der Ha-se läuft. In einer Reihe von Grund- und Betriebsorganisationen ist es zu Austritten gekommen und bis in das neue "entdogmatisierte" Zentralkomitee hinauf gibt es Opposition. Es ist jetzt schon klar, daß sich von den zuletzt 2.200 KLS-Wählern in Tirol hunderte nicht an die ZK-Weisung halten werden, den rechten SPÖ-Führern die Stimme und damit eine Blankovollmacht für die Fortsetzung ihrer antisozialistischen Politik zu geben.

Noch auf dem im Jahre 1961, lange nach Chruschtschows revisionistischem Putsch, durchgeführten 18. Parteitag der KPÖ wurde eine politische Resolution beschlossen, in der die Rolle der rechten SP-Führung durchaus richtig eingeschätzt wurde:

Diese Politik der SP- und Gewerkschaftsführung ist die Ursache dafür, warum die Arbeiter und Angestellten — trotz der günstigen Bedingungen — in den letzten Jahren nicht größere Erfolge auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet erringen konnten und sich mit dem begnügen mußten, was unter dem ständigen Druck der Kämpfe, die durch die Aktivität der Kommunisten ausgelöst wurden, erzielt wurde.

Kampf für die Erringung des Sozialismus, um endlich auch in Österreich das verfaulte und ungerechte, auf der Ausbeutung des Volkes aufgebaute System des Kapitalismus zu überwinden.

Die Politik und die Praxis der Führung der SPÖ ist diesem Ziel im wesentlichen entgegengesetzt.

Die SP- und die Gewerkschaftsführung tragen die Hauptverantwortung dafür, daß größere Erfolge im Kampf für einen höheren Anteil an der Konjunktur nicht erzielt werden konnten.

Diese Tatsache dem arbeitenden Volk bewußt zu machen, ist von größter Bedeutung.

Und jetzt fordert die KPÖ-Führung auf, eben dieser Ursache der mangelnden Kampferrfolge der Arbeiter, eben den Hauptverantwortlichen für das Ausbleiben größerer Erfolge, eben jenen die Stimme zu geben, deren Politik und Praxis dem sozialistischen Ziel im wesentlichen entgegengesetzt ist! Nur vier Jahre nach dem Beschluß, es sei von "größter Bedeutung", der Arbeiterklasse die wahre Rolle der SP-Führung klar zu machen, empfiehlt die KPÖ das SP-Stimmzettel und arbeitet somit aktiv daran, die wahre Rolle der SP-Führung nicht bewußt zu machen, sondern zu verschleiern und zu beschönigen!

Der SP-Wahl-Beschluß des ZK für Tirol ist für jeden wirklichen Kom-

munisten ein Schlag ins Gesicht, eine ideologische und politische Kapitulation. Bringt er aber zumindest gewisse augenblickliche taktische Vorteile? Keineswegs!

Denn erstens haben wir schon dargestellt (siehe RF vom 15.9.1965), daß die SP-Führung umso weniger Grund hat, eine Demokratisierung des Wahlrechts herbeizuführen, je eher sie damit rechnen kann, jene KLS-Stimmen zu erhaschen, die infolge der reaktionären Wahlgeometrie keine Mandatsaussichten haben.

Zweitens kann die ÖVP die SP-Wahl-Empfehlung der KPÖ zu einer Verstärkung ihrer Gruselpropaganda mit der "Roten Katze" ausschlagen, was die SP-Führung in die reale Gefahr bringt, viel mehr Stimmen von Wählern der kleinbürgerlichen Randschichten zu verlieren, als ihr die KPÖ-Revisionisten bringen können. Was tut die SP-Führung also zu ihrer "Entlastung"? Sie quittiert den KPÖ-Beschluß mit verstärkter Betonung ihres Antikommunismus!

Genau das geht in den letzten Wochen vor sich. Vielen österreichischen Haushalten flattert da zum Beispiel eine vom SPÖ-Sekretariat herausgegebene Massenbroschüre in den Briefkasten, die ein so übles antikommunistisches Lügengebräu enthält, daß man sie als den gelungenen Versuch bezeichnen muß, sowohl ÖVP als auch FPÖ in Antikommunismus zu übertreffen. Man gestatte uns einige Kostproben aus der "Volksfront in Österreich?" betitelten Hetzschrift:

Schlimmer als ein Kolonialvolk!

Heute erscheint es uns unfassbar, daß vor nicht allzu langer Zeit an der Enns, wo die „Demarkationslinie“ zwischen Ost und West mitten durch Österreich verlief, schwerbewaffnete Sowjettruppen Wache hielten, für eine Fahrt von Wien nach Linz eine russische Paßkontrolle notwendig war, Lieferungen von Wiener oder niederösterreichischen Firmen in ein westliches Bundesland der Genehmigung der Russen bedurften und österreichische Staatsbürger davor zittern mußten, an der Enns verhaftet und nach Sibirien verschleppt zu werden.

Diese Tatsachen und Ereignisse aus einer der schwersten Schicksalsperioden unseres Volkes müssen wir uns eindringlich vergegenwärtigen und sie auch der Jugend vor Augen stellen. Nur so werden wir uns der Gewissenlosigkeit und des politischen Egoismus bewußt, wovon gewisse Kreise der Österreichischen Volkspartei sich damals mit den Kommunisten zu einem gefährlichen Zusammenspiel anleiten ließen, dessen Ende die Zerreißung Österreichs, die Umwandlung der russischen Besatzungszone in eine Volksdemokratie und das Herunterrasseln des Eisernen Vorhanges im Herzen Europas gewesen wären.

Die bürgerlichen Steigbügelhalter der KP in Osteuropa

Alarmnachrichten von der Verhaftung, Maßregelung und Einkerkelung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Vertrauenspersonen erschütterten die Öffentlichkeit im Westen. Die freie Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in diesen Ländern war aufgelöst worden und mittels sogenannter „Vaterländischer Fronten“ hatten die Kommunisten willige Volks- und Bauernparteiern vor ihren Karren spannen können.

Offene KP-Geständnisse

Die Sozialisten und die konstruktiven Kräfte in der ÖVP arbeiteten von Anfang mit Initiative und Energie an der Entwicklung eines demokratischen Staatswesens und waren sich einig in der gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Verteidigung des westlichen Freiheitsbegriffes. Die Kommunisten

DER SCHULDIGE

Der Tiroler SP-Obmann und Stellvertretende Landeshauptmann von Tirol, Dr. Kunst, der zugleich Spitzenkandidat der SP bei den Tiroler Landtagswahlen ist, erklärte laut Presseberichten, daß die unerwünschte Wahlhilfe der KPÖ seiner Partei eher schaden als nützen werde, da durch sie viele Wähler zur ÖVP oder zur FPÖ getrieben würden.

Damit ist schon klar, wem man die Schuld geben wird, wenn die SPÖ einen Rückschlag erleidet.

hatten ebenfalls von Anfang an ein klares Konzept. Es stand allerdings im Gegensatz zur Zielsetzung der Demokraten.

Es begann damit, daß Anfang Mai 1947 kommunistische Rollkommandos wegen Ernährungsschwierigkeiten der Bevölkerung (die, wie sich später herausstellte, von der sowjetischen Besatzungsmacht hervorgerufen worden waren), im Wiener Regierungsviertel Streiks und Aufmärsche organisierten, Wachleute blutig schlugen und auf dem Regierungsgebäude am Ballhausplatz die kommunistische Fahne aufpflanzten. Während hier die KP-Formationen „Weg mit der Hungerregierung!“ brüllten, hetzte der KP-Führer Honner vor anderen Schlächtertruppen, die bei der Arbeiterkammer aufmarschiert waren.

Wie die „Figl-Fischerei“ platzte

Der große Verrat der ÖVP

Abrechnung mit der VP-KP-Volksfront!

In der SPÖ: Kurzer Prozeß mit dem KP-Packler Scharf!

In der Sozialistischen Partei hat es niemals Geheimverhandlungen oder gar eine Gemeinsamkeit mit den Kommunisten gegeben. Mit KP-Packlern wurde kurzer Prozeß gemacht, wie der Fall des ehemaligen Zentralsekretärs der SPÖ, Erwin Scharf, beweist, der im Jahre 1948 aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Der Vorsitzende des Schiedsgerichtes, das den KP-Renegaten Erwin Scharf aus der Sozialistischen Partei ausschloß, war — wie erwähnt — der heutige Parteivorsitzende, Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann.

Wie die Sozialisten 1950 Österreichs Demokratie retteten

Im Jahre 1950 glaubten die Kommunisten abermals, eine Chance zur Errichtung der Volksdemokratie in Österreich zu finden, denn sie hatten nach dem Fehlschlag der „Figl-Fischerei“ und der Entlarvung des Renegaten Scharf noch immer die Hoffnung, mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht den Freiheitswillen der Österreicher brechen zu können — wenn nicht über das Zusammenspiel mit der ÖVP oder mittels einer Infiltration der Sozialistischen Partei, so mit nackter Gewalt.

Im Herbst 1950 aber hatten die Kommunisten alle Vorbereitungen getroffen, um mittels eines bewaffneten Putsches das KP-System in Österreich mit Gewalt herbeizuführen.

Die Kommunisten verrechneten sich, die SPÖ und der Gewerkschaftsbund, in denen die Sozialisten ebenfalls in der Mehrheit waren, hatten die Arbeiter und Angestellten fest in der Hand.

der damalige Präsident des ÖGB, Johann Böhm, erklärte in Wien vor sozialistischen Vertrauenspersonen

unter stürmischer Zustimmung:

„Wir werden morgen den Kampf aufnehmen; nicht weil wir ihn wollen, sondern weil ihn die anderen uns aufdrängen!“

Am 5. Oktober veröffentlichte der ÖGB einen Aufruf, der mit folgenden Worten schloß: „Setzt der Gewalt die Gewalt entgegen und verteidigt eure Betriebe!“

Am Abend dieses entscheidenden großen Kampftages gaben die Kommunisten auf.

Wo war im Oktober 1950 die ÖVP?

Die ÖVP und ihre führenden Persönlichkeiten, die im Jahre 1947 mit der KP hinter dem Rücken der Sozialisten gepackt hatten, fehlten in den entscheidenden Tagen des September und Oktober 1950.

Die bürgerlichen Politiker mußten aber dem großen Verdienst der sozialistischen Arbeiterschaft an der Rettung Österreichs vor der Volksdemokratie uneingeschränkte Anerkennung zollen.

Vergeblicher KP-Traum von der „Volksfront“ mit der SPÖ

In der SPÖ aber ist kein Platz für KP-Umtriebe. Im neuen Parteiprogramm der SPÖ, das im Jahre 1958 nach eingehender Diskussion der Mitglieder einstimmig beschlossen wurde, heißt es unmißverständlich: Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten kompromißlose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: SPÖ-Zentralsekretariat

Die Marek und Muhri, die Fürnberg und Flöckinger fordern somit auf:

Genossen, wählt jene, die sich bisher noch am besten gegen Euch bewährt haben und weiter bewähren! Wählt jene, die noch weit antikommunistischer sind als die ÖVP! Wählt jene, die zwar nichts daran finden, die Faschisten mit Millionengeldern auszustatten, die aber Euch als Geistesverwandte von Faschisten beflecken!

Werden die Genossen bei solchem Harakiri mittun?

AUS EINEM ARTIKEL VON

HO TSCHI MINH

Seit mehr als zehn Jahren wenden die amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger die barbarischsten Mittel, darunter Napalmbomben und chemische Giftstoffe, an, um unsere Landsleute zu vernichten und ihre Dörfer zu zerstören. Sie glauben, das südvietnamesische Volk durch Grausamkeit zwingen zu können, die Waffen zu strecken. Aber unsere heroischen Landsleute im Süden kämpfen tapfer gegen die Aggressorenbanden und die Verräter. Das Volk Südvietnams hält das glorreiche Banner der Nationalen Befreiungsfront hoch und erringt immer neue Erfolge. Über drei Viertel der Bevölkerung und vier Fünftel des Territoriums von Südvietnam sind bereits befreit. Das Volk hat die Initiative auf den Schlachtfeldern ergriffen und versetzt dem Feind einen Schlag nach dem anderen. Alle aggressiven Pläne der amerikanischen Imperialisten sind gescheitert. Es ist ganz klar, daß den USA-Imperialisten in Südvietnam das Wasser bis an den Hals steht. Je länger sie den Krieg fortsetzen, desto mehr Niederlagen werden sie erleiden und desto schwerer werden sie dem unvermeidlichen Zusammenbruch entgegen kommen.

Schon seit einem Jahr schicken die USA-Imperialisten in der vergeblichen Hoffnung, der totalen Niederlage in Südvietnam zu entgehen, Hunderte von Flugzeugen aus, um Gebiete der Demokratischen Republik Vietnam zu bombardieren. Bemüht, den Aggressionskrieg im Süden zu verstärken, hat Präsident Johnson unlängst unter Phrasen von „Friedensverhandlungen“ weitere 50 000 Soldaten dorthin geschickt, und die USA-Truppen in Südvietnam sind bereits 125 000 Mann stark. Dieses wahnwitzige Vorgehen entlarvt die amerikanischen Imperialisten endgültig. Ihr schmähliches Fiasko ist unausbleiblich. Wenn das 14-Millionen-Volk von Südvietnam ihnen Niederlagen beibringt, wie können sie da hoffen, das ganze vietnamesische 30-Millionen-Volk zu besiegen?

Wieviele Truppen die amerikanischen Aggressoren nach Südvietnam auch entsenden mögen — sie werden bestimmt eine Niederlage erleiden. Das vietnamesische Volk wird unbedingt siegen. Südvietnam wird unter allen Umständen befreit werden. Vietnam wird seine Wiedervereinigung erleben. Das ist die felsenfeste Überzeugung aller unserer Landsleute, die fest entschlossen sind, ihren heiligen patriotischen Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren, für die Rettung des Vaterlandes weiterzuführen.

VIETNAM

Interview mit Genossen NGUYEN MINH PHUONG

Vor kurzem ging die Meldung durch die internationale Presse, daß mit der von US-Präsident Johnson angeordneten und inzwischen durchgeführten Entsendung von weiteren 50.000 Mann amerikanischer Truppen nach Süd-Vietnam die Zahl der dort befindlichen USA-Aggressionstruppen mehr als 125.000 erreicht hat. Die amerikanischen Imperialisten und ihre Soldschreiber behaupten, daß diese Masse modernst ausgerüsteter Spezialtruppen nun in der Lage sein werde, den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes in Blut und Feuer zu ersticken.

Anläßlich ihrer Studienreise in die Volksrepublik China haben die Delegierten der "Roten Fahne" auch Gelegenheit gehabt, dem Leiter der Ständigen Delegation der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams in China, Genossen Nguyen Minh Phuong, einen Besuch abzustatten und mit ihm im Laufe eines mehrstündigen Gesprächs auch diese Frage zu erörtern. Das nachstehende Interview gibt einige Stellungnahmen von Nguyen Minh Phuong wieder.

Frage: Wie stehen die Dinge jetzt in Vietnam? Kann man auch angesichts der ständigen Vermehrung der amerikanischen Aggressionstruppen in Südvietnam



Der US-Terror-Flieger Hayden Lockhart nach dem Abschluß seiner Maschine und seiner Gefangennahme durch die nordvietnamesische Volksarmee

sagen, daß das vietnamesische Volk seinen heroischen nationalen Befreiungskampf mit Sicherheit gewinnen wird?

Antwort: Ja, das kann man. Das Volk hat die Initiative sowohl im politischen als auch im bewaffneten Kampf. Der USA-Imperialismus und die Saigoner Marionettentruppen erleiden immer schwerere Niederlagen. Die Moral der Marionettentruppen ermattet. Mehr als 80 Prozent der sogenannten "strategischen Weiler" der USA wurden vernichtet. Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams kontrolliert gegenwärtig vier Fünftel der Fläche Südvietnams mit zwei Dritteln seiner Bevölkerung. Nicht einmal in Saigon und in ihren Militärstützpunkten können sich die US-Imperialisten sicher fühlen. Das Volk schlägt zu und bestraft sie.

DER WELTGENDARM

~~~~~

Washington, 21. Sept. ap (AFP) Das amerikanische Repräsentantenhaus genehmigte am Montag mit 312 gegen 52 Stimmen eine Resolution, welche die Vereinigten Staaten ermächtigt, mit Waffengewalt individuell oder kollektiv in irgendeinem Lande des amerikanischen Kontinents zu intervenieren, um einer allfälligen kommunistischen Machtübernahme zuvorzukommen.

Vorstehende kleine Nachricht erschien unter vielen anderen Tagesnachrichten in der internationalen bürgerlichen Presse. Sie ist deshalb nicht sensationell, weil man solche Standpunkte von den USA-Imperialisten gewohnt ist.

Aber was würde man sagen, wenn zum Beispiel eines Tages der Volkskongreß der VR China beschließen würde:

"Die chinesische Volksbefreiungsarmee ist ermächtigt, in irgendeinem Land des asiatischen Kontinents mit Waffengewalt zu intervenieren, um einem allfälligen reaktionären Putsch zuvorzukommen."?



**Frage:** Es ist ungeheuerlich, daß die USA-Imperialisten in einem Land Krieg führen, das viele tausende Kilometer von ihrem Territorium entfernt liegt und dessen ganzes Volk sie so leidenschaftlich ablehnt. Wie sind die Amerikaner denn überhaupt nach Südvietnam gekommen?

**Antwort:** Der koloniale französische Aggressionskrieg in Indochina begann 1950 zusammenzubereiten. Da mischten sich die USA ein, in der Hoffnung, die Dinge in ihre Hand bekommen zu können. Durch den historischen Sieg unseres Volkes bei Dien Bien Phu wurde die französische Aggression zerschlagen. Die Genfer Abkommen von 1954 anerkannten die Souveränität und Unabhängigkeit, die Einheit und territoriale Integrität von Vietnam. Um das Land wieder zu vereinen, wurden für 1956 allgemeine Wahlen festgelegt.

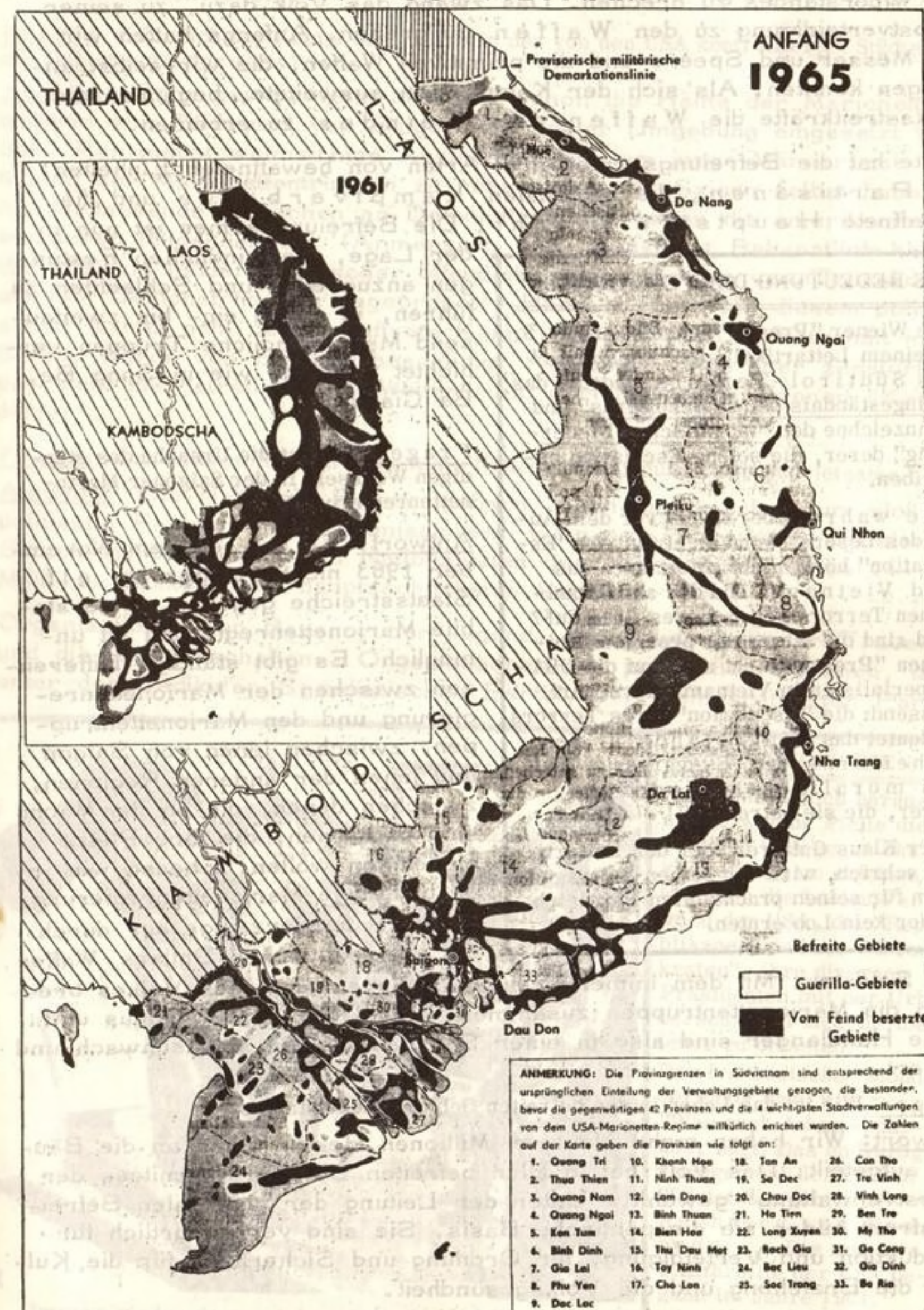
Doch die USA brachten Ngo Dinh Diem an die Macht, verweigerten die Durchführung von Wahlen und organisierten einen blutigen Terror. Amerikanische "Ratgeber" und "Helfer" übernahmen die Kommandohöhen des Landes. Mit einem Wort: die USA gingen von der Unterstützung der französischen Invasoren zu der direkten und offenen Aggression über. Das US-Kommando in Saigon begann den Krieg gegen das Volk. Immer mehr und mehr US-Marine, Luft- und Raketentruppen wurden ins Land gebracht.

**Frage:** Wie reagierte das südvietnamesische Volk auf diese Entwicklung?

**Antwort:** Als die von den Genfer Abkommen festgesetzten Wahlen von 1956 nicht stattfanden, begann das unbewaffnete Volk einen politischen Kampf. Die Antwort des USA - Ngo-Dinh-Diem - Regimes

Fortsetzung auf Seite 14

## AUSDEHNUNG DER BEFREIEN GEBIETE IN SÜDVIETNAM



(Aus: "Peking Rundschau", Nr. 26/1965)

waren Verhaftungen, Folterungen und Massaker an den Patrioten. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Bauern niedergemetzelt. Man errichtete "strategische Weiler", um das Rückgrat des Widerstandes zu brechen. Das zwang das Volk dazu, zu seiner Selbstverteidigung zu den Waffen zu greifen. Anfangs hatten wir nur Messer und Speere und die primitiven Waffen, die wir selbst anfertigen konnten. Als sich der Kampf dann ausweitete, begannen die Volksstreitkräfte die Waffen des Feindes zu erbeuten.

Heute hat die Befreiungsarmee drei Arten von bewaffneten Einheiten: die Partisanen, die regionalen Kampfverbände und die bewaffnete Hauptstreitmacht. Die Befreiungsarmee ist nun in der Lage, die feindlichen Festungen anzugreifen und Schlachten zu führen, in denen ein- bis zweitausend Mann feindliche Truppen vernichtet werden, wie in Song Be, Ba Gia usw.

#### DIE BEDEUTUNG DER "ESCALATION"

Die Wiener "Presse" schreibt am 30. 8. in einem Leitartikel, die "Escalation" des Südtirol-Terrors bedeute das "Eingeständnis seines Scheiterns" und kennzeichne den "moralischen Niedergang" derer, die solche Escalation betreiben.

Wie wahr! Aber taucht vor dem Auge des Lesers, wenn er etwas von "Escalation" hört, nicht sofort auch das Bild Vietnams und des amerikanischen Terrors gegen dieses Land auf? Und sind die Worte der proamerikanischen "Presse" nicht auch auf die USA-Imperialisten in Vietnam haarscharf passend: die "Escalation" ihres Terrors bedeutet das Eingeständnis des Scheiterns der US-Aggression und den moralischen Niedergang derer, die sie betreiben?!

Herr Klaus Gatterer, der den Leitartikel schrieb, wird von seinen Auftraggebern für seinen prachtvollen Vergleich leider kein Lob ernten.

und Soldaten. Mit dem immer breiteren Massenkampf des Volkes brechen die Marionettentruppen zusammen. Der USA-Imperialismus und seine Handlanger sind also in einer Sackgasse. Sie sind schwach und isoliert.

**Frage:** Wie ist das Leben in den befreiten Gebieten Südvietnams?

**Antwort:** Wir haben mehr als zwei Millionen Hektar Land an die Bauern aufgeteilt. Das Volk hat in allen befreiten Dörfern "Komitees der Selbstverwaltung" gewählt. Unter der Leitung der Nationalen Befreiungsfront bilden sie die politische Basis. Sie sind verantwortlich für Produktion und Verteidigung, für Ordnung und Sicherheit, für die Kultur, die Erziehung und die Volksgesundheit.

Das Volk baut ein neues Leben auf und ist entschlossen, sein Recht und seine Errungenschaften zu verteidigen. Es bemüht sich, die Pro-

duktion der Mittel zu erhöhen, die es für seinen Freiheitskampf braucht und gleichzeitig seine Lebensbedingungen zu verbessern. Es errichtet "Kampfdörfer", tritt den Partisaneneinheiten bei und verrichtet Posten- und Patrouillendienste.

**Frage:** Geht auch der Kampf des Volkes in den von den USA kontrollierten Städten und Gebieten gut vorwärts?

**Antwort:** Ganz gewiß. Jetzt muß fast schon die Hälfte der Marionettentruppen zum "Schutz" von Saigon und seiner Umgebung eingesetzt werden. Man macht wahnsinnige Anstrengungen, um junge Männer zur Auffüllung der Marionettentruppen zu rekrutieren. In Saigon selbst haben hunderttausende Menschen an Demonstrationen gegen die amerikanischen Invasoren teilgenommen. (Anmerkung der Redaktion: Bekanntlich haben die USA in letzter Zeit sogar öffentliche Hinrichtungen von Teilnehmern solcher Demonstrationen angeordnet!) Hand in Hand mit diesem politischen Kampf geht der bewaffnete Kampf. Sogar die US-Botschaft in Saigon wurde von Bomben beschädigt. Auf dem Lande aber zerstört das Volk die "strategischen Weiler" und errichtet seine eigenen "Kampfdörfer".

**Frage:** Aus welchen Kräften besteht die Nationale Befreiungsfront Südvietnams?

**Antwort:** Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams scharft um sich politische Parteien und Organisationen verschiedener sozialer Schichten, Religionen und Nationalitäten des südvietnamesischen 14-Millionen-Volkes. Die hauptsächlichsten Mitglieder sind:

Organisationen der Bauern, der Jugend, der Studenten, der Frauen und die Gewerkschaften - Organisationen der politischen Parteien, darunter der Radikalen Sozialistischen Partei, der Demokratischen Par-



Immer wieder demonstriert das südvietnamesische Volk gegen die US-Militärdiktatur und die faschistischen Marionetten der Amerikaner in Saigon

#### WER IST'S GEWESEN?

Nachdem es sich herausstellt, welche Pleite die riesigen USA gegen das kleine Vietnam erleben, beginnen die beiden Parteien der USA, die "Republikaner" und die "Demokraten", ihre diversen Präsidenten mit der Urheberschaft an diesem Abenteuer zu belasten.

Der französische "Monde" berichtet dazu u. a.:

"Was auch Johnson darüber sagt: Das endgültige Engagement der USA in Südvietnam geht auf Rechnung von Kennedy ... Die massive Militärhilfe der USA begann im Jahre 1961."

Und diesem Kennedy weinen die Revisionisten noch immer bittere Tränen nach!

tei und der Revolutionären Partei des Volkes - konfessionelle Organisationen, darunter Katholiken, Buddhisten, Caodaisten, der Hoa-hao und der Protestanten - Organisationen auf dem Gebiet der Literatur und Kunst, der Presse, der Lehrer und des Gesundheitswesens - eine Organisation der Patrioten innerhalb der Marionettentruppen - autonome Komitees der Nationalitäten von Tay-Nguyen - sowie die Befreiungsarmee.

Alle diese Massenorganisationen und politischen Parteien kämpfen für das selbe Ziel: ein unabhängiges, demokratisches, friedliches und neutrales Südvietsnam, und - auf weitere Sicht - für die Wiedervereinigung des ganzen Landes.

**Frage:** Auf welches Programm stützt sich die Nationale Befreiungsfront Südvietsnams?

**Antwort:** Das Programm der Befreiungsfront enthält folgende 10 Punkte:

1. Die Kolonialherrschaft zu stürzen, die durch die US-Imperialisten und ihre diktatorische Marionettenregierung getarnt wird, und die Regierung einer nationalen demokratischen Front zu errichten.
2. Ein progressives System einer breiten Demokratie zu errichten.
3. Eine unabhängige und sich auf die eigenen Kräfte stützende Wirtschaft aufzubauen und den Lebensstandard des Volkes zu heben.
4. Die Pachtzinse zu reduzieren und sodann das Bodenproblem zu lösen, indem man den Boden denen gibt, die ihn bearbeiten.
5. Ein System der Kultur und der Erziehung aufzubauen, das nationalen und demokratischen Charakter hat.
6. Eine Armee zur Verteidigung des Heimatlandes und zum Schutz des Volkes zu schaffen.
7. Die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und der Geschlechter zu verwirklichen, die legalen Rechte ausländischer Staatsbürger in Vietnam und vietnamesischer Bürger im Ausland zu gewährleisten.
8. Eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität zu verwirklichen.
9. Normale Beziehungen zwischen Nord- und Südvietsnam herzustellen und nach der friedlichen Wiedervereinigung des Landes zu streben.
10. Den Aggressionskrieg zu bekämpfen und den Weltfrieden aktiv zu verteidigen.

WIR SIND GERNE BEREIT, ernstern Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit kostenlos und unverbindlich zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Am zweckentsprechendsten ist es freilich, sie gleich zu abonnieren.

Jahresabonnement . . . . . S 65,-

Halbjahresabonnement . . . . . 35,-

(Postscheckkonto Nr. 173.848)

**Frage:** Wie kann die Vietnam-Frage gelöst werden?

**Antwort:** Zuerst müssen die USA alle ihre Truppen, ihre Waffen und ihr Kriegsmaterial zurückziehen und ihre Militärstützpunkte auflösen. Sie müssen die Nationale Befreiungsfront Südvietsnams als die alleinige Vertretung des 14-Millionen-Volkes im Süden und als die maßgebliche Kraft bei der Lösung der Fragen Südvietsnams anerkennen.

**Frage:** Und was wird sein, wenn die USA dem nicht zustimmen?

**Antwort:** Dann wird das Volk den Widerstand fortsetzen! Das Volk von Südvietsnam hat ein fundamentales Ziel: Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden, Neutralität und Wiedervereinigung. Wenn notwendig, sind wir entschlossen, den Kampf fortzusetzen - fünf Jahre, zehn Jahre, zwanzig Jahre - so lange, bis kein einziger US-Aggressor mehr auf unserem Boden verblieben ist!

Unsere Sache ist gerecht, die Führung durch die Nationale Befreiungsfront ist richtig und unser Volk ist entschlossen, den Kampf für die nationale Befreiung und nationale Vereinigung bis zum erfolgreichen Ende zu führen. Dieser Kampf ist ein Teil der weltweiten Bewegung für nationale Befreiung und zur Verteidigung des Weltfriedens. Ganz gleich, wie lange der Kampf dauern sollte, ganz gleich, wie hart er sein mag, das südvietsnamesische Volk wird ihn bis zum vollständigen Sieg fortsetzen.



**Frage:** Worin besteht die Bedeutung Eures nationalen Befreiungskampfes für die anderen Teile der Welt?

**Antwort:** Die US-Imperialisten haben Südvietsnam zu einem Versuchsfeld für die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika gemacht. Aber das Volk von Südvietsnam hat gezeigt, daß man vor dem US-Imperialismus nicht zurückschrecken muß und daß alle Länder, die für ihre nationale Befreiung kämpfen, zum Sieg gelangen können. Ob ein Krieg gewonnen oder verloren wird, entscheiden nicht die Waffen, sondern die Menschen! Unser Kampf trägt zur Schwächung des US-Imperialismus bei und stärkt die nationale Befreiungsbewegung in der ganzen Welt.

ARBEITEN UND KÄMPFEN!  
Kein Aggressor wird dieses Volk je besiegen!

EINE STIMME AUS DEM "ANDEREN" DEUTSCHLAND:

## Die westdeutschen Wahlen

Die Bundestagswahlen sind so ausgefallen, wie es ein marxistisch einigermaßen gebildeter Beobachter voraussehen konnte:

Die Partei der Großbourgeoisie, die CDU/CSU, hat jene Bestätigung erhalten, auf die sie sich bei der verstärkten Fortsetzung ihrer Politik des Imperialismus und Militarismus nach außen und der allmählichen Faschisierung ("Notstandsgesetze!") nach innen berufen möchte.

Die SPD, ohnedies am äußersten rechten Flügel der europäischen Rechtssozialisten, hat mit dem Vorschieben des Kalten Kriegers Brandt die Regierungsparteien in Antikommunismus, Proamerikanismus und Revanchismus noch zu übertrumpfen versucht und hat damit die Möglichkeit selbst eingeengt, von den Massen für eine echte Alternative gegenüber den Adenauers und Erhards gehalten zu werden.

Die DFU ("Deutsche Friedens-Union") aber, die von der illegalen KPD unterstützte Oppositionsgruppe, hat mit ihrer Politik unkämpferischer Friedensmeierei, des Zitterns um die legalen Möglichkeiten und der Orientierung auf fotogene Adelige, humanistische Fabrikanten und redefreudige Pastoren statt auf die kämpfende Arbeiterklasse fast ein Drittel ihrer Stimmen verloren. Es ist charakteristisch, daß die damals noch nicht vom Revisionismus unterhöhlte, kämpferisch auftretende KPD bei ihrer letzten Kandidatur im Jahre 1953 immerhin über 600.000 Stimmen (2,2 %) erhielt, während die so "breite", sich so "universell" anbietende und politisch so anspruchslose DFU nur 430.000, also 1,3 % der Stimmen bekam. Der Herr "Graf von Westphalen" und die Frau "von Kühlmann" als Spitzenkandidaten, die 123 Pfarrer und Pastoren (!), die vielen Fabrikanten, Honoratioren und Professoren, mit denen die DFU den Wahlkampf bestritt, haben weniger gebracht als eine Liste einfacher Arbeiterfunktionäre ohne Adels- und Dokortitel eingetragen hätte. Die DFU-Wahlveranstaltungen, auf denen erst "The Rickers" zuckten (die westdeutschen Beatles, Anmkg.) und dann der Herr Pfarrer sprach, haben das Publikum unterhalten, aber nicht überzeugt, DFU wählen zu sollen.

★

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht!", hat unser prachtvoller Heinrich Heine einst geschrieben und manche könnten versucht sein, diese Worte heute zu zitieren. Zu Unrecht, Genossen! Es war nicht das ganze Deutschland, auch nicht das ganze Westdeutschland, was da vor und bei den Wahlen über die Bühne gehopst ist. Es gibt auch ein anderes Deutschland, das Deutschland von Marx und Engels, das Deutschland Wilhelm Liebknechts und Rosa Luxemburgs, das Deutschland Klara Zetkins und unseres unvergessenen Ernst Thälmanns. Dieses Deutschland lebt - auch wenn es im Moment nicht so scheint. Es lebt und es wird siegen, auch wenn's lange dauern mag.

## DOKUMENTE WESTDEUTSCHER GEGENWART



Nebenstehendes Faksimile zeigt die berüchtigte "Deutsche National- und Soldatenzeitung" (16.7.65) der ein antichinesisches Interview zu geben der revisionistische Führer der KP Frankreichs Francois Billoux nicht unter seiner Würde fand. Billoux' "Gelbe Gefahr" und der Ruf "Morgen wird Breslau wieder deutsch!" kommen, wie man sieht, aus dem selben Sprachrohr. (Siehe auch RF Nr. 26)



Auf dem Friedhof von Bamberg haben im heurigen Sommer faschistische Banden in mehreren "Aktionen" dutzende Grabsteine von Juden mit Hitlerparolen beschmiert. Die westdeutsche Polizei hat keine Zeit, die Täter auszuforschen, ist sie doch damit beschäftigt (siehe Foto rechts), das Briefgeheimnis zu brechen, Privatpost zu durchschnüffeln und die Adressaten einzuvernehmen, wenn sie etwas kommunistisch oder ostdeutsch "Verdächtiges" gelesen zu haben glaubt.

ARNO REINFRANK

## Der Morgenspaziergang

Der Vater sagte: „Komm, wir gehn am Sonntagfrüh spazieren. Die Mutter will am Herd allein für uns das Schnitzel panieren.“

Der Vater sagt: „Ich zeige dir das Werk, in das ich gehe seit dreißig Jahren, die ‚Anilin‘, mein täglich Wohl und Wehe.“

Von jedem Winkel unsrer Stadt sieht man ihr Hochhaus prunken, und aus den Schloten hat's, bei Gott, dazu abscheulich gestunken.

Denn unsre Stadt ist weltberühmt für die Chemiefabriken. Voran die große Farben-IG — sie duftet zum Ersticken.

Und wo wir schritten, derselbe Geruch von fetten Säuren, Gasen: Das Warenzeichen der Hochkonjunktur wich nicht aus unsren Nasen.

Wir liefen lang, wir liefen weit. Wo Gärten sich einst befanden, sind neue Büros und neue Labors in großen Bauten entstanden.

Wir traten an den Zaun heran, ein Baufeld war zu sehen. „Auf diesem Feld“, so sagte Papa, „sollte ein Ehrenmal stehen.“

„Hier lebten, litten, starben einst, zerlumpt und knochig mager, im Krieg verschleppte Männer und Frauen: Hier stand das Russenlager.“

„Hier wurden hinter Stacheldraht gehalten die Arbeitssklaven. Geschenk der Nazis an die Herrn der IG Ludwigshafen.“

„Um fünf Appell, um sechs marsch-marsch zu den Chemiebetrieben. Des Mittags roch das Suppenfaß nach faulem Kohl und Rüben.“

„Am Abend wurden jene, die von Nazis zusammengeschlagen, von ihren Kameraden wund ins Lager zurückgetragen.“

„Die Hütten verbrannten, die Zeit verging, wie ein Spuk das Ganze verschwunden. Noch immer gehen frei umher die Schinder, die hier geschunden.“

„Kein Denkmal gibt's, kein Klagelied,  
vergessen sind die Sklaven,  
Geschenk der Nazis an die Herrn  
der IG Ludwigshafen.“

„Kein Sühnegeld, kein Reueakt,  
das Gelände planiert und vermessen,  
auf dem das 'Russenlager' stand —  
es wurde amtlich vergessen...“

Im Stadtteil Oppau standen wir,  
zu Sonntagmorgen-Messen  
rief Glockengeläute, umbimmelte laut  
das große deutsche Vergessen.

„Wie soll ich's vergessen?“ so fragte Papa  
„Vom ersten bis zum letzten  
Mann sind die Schinder im Betrieb  
heut unsre Vorgesetzten.“

„Sie tragen jetzt kein Hakenkreuz  
an ihren Mantelkragen,  
Sie tragen statt dessen das Christuskreuz  
mit retuschierten Haken.“

„Und lockert beim Jahres-Betriebsausflug  
der Wein ihnen die Zungen,  
wird aus dem Nazi-Liederschatz  
großkehlig vorgesungen.“

„Da glänzt das Auge, schwitzt die Stirn  
wie in den alten Tagen,  
da, sangen sie ein Heimwehlied,  
die Russen man niedergeschlagen...“

Das sagte mein Vater in weißem Haar,  
ein Kämpfer, zerfurcht von Sorgen,  
Vergessen will sein Wort ich nie  
an jenem Sonntagmorgen.

Als rings die Kirchenglocken schrill  
ertönten von den Türmen:  
Sie kündigten die Sühne an  
in kommenden großen Stürmen.

## „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ gegründet !

Wie wir einigen in Westdeutschland verbreiteten Publikationen entnehmen, ist dort am 5. März 1965 unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität eine „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ gegründet worden, nachdem auch die revisionistisch geführte KPD dazu übergegangen ist, aktive Antirevisionisten auszuschalten und auszuschließen. Als ihr Zentralorgan gibt die neugegründete Partei in regelmäßigen Abständen die Zeitung „Sozialistisches Deutschland“ heraus, von der seit März zumindest 5 Nummern erschienen sind. Die Zeitung ist in ganz Deutschland illegal.

Die Ulbricht-Revisionisten der DDR haben nicht erlaubt, daß Marxisten-Leninisten der DDR das „Sozialistische Deutschland“ offen vertreiben können. Im Gegenteil, sie verfolgen aufrichtige Marxisten-Leninisten, die es wagen, die schädliche Politik der sowjetischen Revisionisten in der deutschen Frage zu kritisieren. Daß man nicht einmal vor Gefängnisstrafen gegen solche Genossen zurückschreckt, beweist wieder einmal mehr das beschleunigte Absinken des modernen Revisionismus.

In Westdeutschland ist die Lage der Marxisten-Leninisten noch schwieriger. Der „Verfassungsschutz“ der westdeutschen Milliardenäre ist beauftragt worden, die Kämpfer gegen die erstarkende militaristische Diktatur mundtot zu machen und bewährt sich insbesondere als brutaler Verfolger der deutschen Marxisten-Leninisten. Wir sind aber überzeugt, daß es der MLPD dennoch gelingen wird, zu erstarken und die Lösung jener gewaltigen Aufgaben, die vor ihr stehen, mutig in Angriff zu nehmen.

RF.

## Die Pleite des »nordischen Sozialismus«

Am 12./13. September 1965 haben in Norwegen Parlamentswahlen stattgefunden, bei denen die norwegische SP (DNA) die Mehrheit verlor, die sie seit genau 30 Jahren gehabt hatte. Nach einem Menschenalter „sozialistischer“ Regierung wird Norwegen nun wieder von Bürgerlichen regiert, der „friedliche Weg zum Sozialismus“ hat zu nichts geführt.

Als die norwegische SP im Jahre 1935 an die Regierung kam, sprach sie sehr viel von der nun beginnenden „Sozialisierung“, setzte eine diesbezügliche Kommission ein und schwärmte von den Ideen Otto Bauers. Wenige Jahre später aber stellte die „Sozialisierungskommission“ ihre Arbeit mit der Begründung ein, daß die arbeitenden Menschen auch ohne besondere Kommissionen „schrittweise einen immer größeren Anteil an der

gesellschaftlichen Macht erhalten“. Im Jahre 1957, nach 22 Jahren „sozialistischer“ Regierung, schrieb dann das Zentralorgan der norwegischen SP so nebenbei, daß der Parteivorstand beschlossen habe, die Frage der Sozialisierung bis auf weiteres „zurückzustellen“. In dieser Stellung blieb sie dann auch bis 1965.

Die Bilanz von 30 Jahren „friedlicher“ und „schrittweiser“ Entwicklung zum Sozialismus ist erschütternd. Die kapitalistische Profitwirtschaft ist krasser als je, die Konzentration des Kapitals hat so zugenommen, daß sich 91 großkapitalistische Familien herausbildeten, denen buchstäblich die ganze Wirtschaft ausgeliefert ist, auf den Universitäten haben selbst nach 3 Jahrzehnten „Arbeiterregierung“ nur 9 Prozent Söhne und Töchter aus Arbeiterfamilien Zutritt, die Militarisierung des Landes geht vorwärts, während auf sozialrechtlichem Gebiet sogar Verschlechterungen eingetreten sind. Das norwegische Sozialrecht ist übrigens auch heute noch wesentlich ungünstiger als das österreichische.

Dadurch, daß eine SP-Regierung ans Ruder kam und 3 Jahrzehnte ruderte, hat sich an der norwegischen Gesellschaftsordnung nicht das geringste geändert; kein norwegischer Kapitalist hatte Ursache, mit der sogenannten „Arbeiterregierung“ unzufrieden zu sein. Das drückt sich auch in einem Kommentar aus, das die großbürgerliche westdeutsche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dem norwegischen Wahlergebnis widmete. Auch „im Augenblick des Abtretens“ der norwegischen Sozialdemokratie von der Regierungsbank sei es „nur recht und billig“, anzuerkennen, daß sie von „ihrem einst scharf klassenkämpferischen Willen“ längst völlig abgekehrt war! (FAZ, 15. 9. 1965)

Die rechten SP-Führer innerhalb und außerhalb Norwegens haben ihren ruhmlosen Untergang in dem einstigen Musterland des „nordischen Sozialismus“ damit zu erklären versucht, daß in ihren Reihen leider eine Spaltung eingetreten sei und sich eine „disziplinlose Minderheit“ abgesondert habe. „Die Spalter sind schuld!“, schreien sie und vermeiden es ängstlich die Frage zu stellen, warum denn eine wachsende Zahl von Mitgliedern dem politischen Kurs ihrer Führung nicht mehr zu folgen bereit ist. Sie könnten die Antwort darauf übrigens ebenfalls der bürgerlichen FAZ entnehmen, die richtig konstatierte, daß die „Absplitterung der Volkssozialisten“ eben der Preis gewesen sei, den die norwegische SP-Führung für ihren völligen Verzicht auf den Klassenkampf habe bezahlen müssen. Dem Verzicht auf den Klassenkampf gesellt sich nun eben auch der Verzicht auf die Regierung, da die Wähler darauf verzichtet hatten, einer so merkwürdigen „Arbeiterpartei“ die Mehrheit zu geben.

In Norwegen wird sich nach dem aufsehenerregenden Regierungswechsel nicht viel ändern. Schließlich hat sich ja auch nicht viel geändert, als die SP seinerzeit an die Macht kam. Die Revisionisten aber, sowohl die in Norwegen als auch die in Österreich, werden aus dem norwegischen Beispiel nichts lernen. Sind sie doch dabei, selbst das zu vergessen, was sie früher selbst gelehrt hatten.

**Warnung** Wir entnehmen die nachstehende Warnung der Zeitschrift „Oktober“, dem Organ der schweizerischen Marxisten-Leninisten und pflichten ihr vollinhaltlich bei — umso mehr, als sich besagter Herr eben jetzt von der bürgerlichen Presse als Gründer einer „Revolutionären Internationale“ feiern läßt, die in keiner Weise revolutionär und international nur in dem Maße ist, als das auf den amerikanischen Geheimdienst zutrifft.

Seit einiger Zeit, unternimmt ein gewisser G. Bulliard in Vevey eine Kampagne der Sabotage und der Verwirrung, die gegen die marxistisch-leninistische Bewegung gerichtet ist. Seine letzte Kundgebung war ein sogenannter »Appel zur Schaffung einer revolutionären Internationale, die unabhängig von Moskau und Peking wäre«. Dieses Individuum, das eine sogenannte »Kommunistische Partei der Schweiz« die nur aus ihm besteht, dazu benützt, richtige Marxisten-Leninisten zu denunzieren, ist schon längst entlarvt worden. Wir würden keine weiteren Worte über

ihn verlieren, wenn nicht die Gefahr bestünde, dass ausländische Genossen in seine Falle gingen. Nachdem unsere belgischen und spanischen Genossen ihn bereits als das entlarvten was er ist, nämlich ein Polizeispitzel, der wahrscheinlich sogar unter den Fittichen der CIA, dem amerikanischen Geheimdienst arbeitet, wiederholen wir unsere Warnung an alle deutschsprachigen Genossen: Antwortet unter keinen Umständen auf seinen Appell, seine Briefe und Einladungen, warnt überall nicht informierte Genossen vor diesem gefährlichen Subjekt.

## EIN NEUER AUSSCHLUSS AUS DER KPÖ

Auf eine Weise, welche die ganze hemmungslose Willkür, aber auch die politische Schwäche und die Feigheit der revisionistischen Apparateleute erkennen läßt, wurde dieser Tage Genosse Alfred Jocha, das langjährige Mitglied der Landesleitung Niederösterreich der KPÖ und erst vor kurzem von den Erdölarbeitern wiedergewählte kommunistische Betriebsrat, aus der KPÖ für ausgeschlossen erklärt. Dieser sogenannte "Ausschluß" wurde nicht etwa auf einer Mitgliederversammlung der politischen Grundorganisation beantragt und begründet, auch auf eine konkrete Auseinandersetzung mit Genossen Jocha wollten sich die Revisionisten lieber nicht einlassen, sondern sie verbreiteten einfach ein Flugblatt, das den Ausschluß mit den Worten mitteilt: "Wie Du bereits erfahren haben wirst..." Wie die Diebe in der Nacht führen sie Ausschüsse durch und haben den Mut, die solcherart aus der KPÖ hinausmanipulierten Genossen des "Fraktionismus" zu beschuldigen! Weil es sich hier um ein typisches Vorgehen handelt (es gibt eine Reihe ähnlicher Fälle, auf die wir gelegentlich zurückkommen werden), veröffentlichen wir in der Folge den vollen Wortlaut des "Ausschluß-Flugblattes" der Bezirksleitung Gänserndorf, danach den "Brief an die Genossen", mit dem Genosse Jocha geantwortet hat, sowie eines der Solidaritätsschreiben, die ihm zugegangen sind.

### DAS FLUGBLATT DER REVISIONISTEN

KPÖ. Bezirksleitung Gänserndorf

Gänserndorf, im September 1965

Liebe Genossin!

Lieber Genosse!

Wie Du bereits erfahren haben wirst, wurde Alfred Jocha aus der KPÖ ausgeschlossen. Da über die Ausschlußgründe mancherlei Gerüchte kursieren, hält es die Bezirksleitung für notwendig, unseren Genossen den wahren Sachverhalt darzulegen.

Seit ca. 1 1/2 Jahren gibt es mit Jocha politische Meinungsverschiedenheiten. Diese verstärkten sich, als Jocha von einer einmonatigen Chinareise, die von der "Roten Fahne" organisiert wurde, zurückkam.

Die Genossen der BO Förderbetrieb und der Bezirksleitung versuchten 1 1/2 Jahre in geduldigen Diskussionen, Jocha die schädliche Art des Fraktionismus klarzumachen. Trotzdem schrieb Jocha

Artikel in der "Roten Fahne" und nahm an Sitzungen, die diese Spaltergruppe organisierte, teil.

Obwohl die BO und Bezirksleitung von der parteischädigenden Tätigkeit Jochas wußten, dachte niemand an administrative Maßnahmen, alle Genossen wollten einen Ausschluß vermeiden. Es gibt wohl wenig Genossen, mit denen so viel diskutiert wurde, um sie der Partei zu erhalten. Jocha hatte die ganze Zeit auch die Möglichkeit, völlig uneingeschränkt seine Ansichten zur Debatte zu stellen. Mit den politischen Anschauungen Jochas haben wir uns stets auseinandergesetzt und falsche von ihm vertretene Ansichten waren für uns kein Grund für einen Parteiausschluß.

Jocha wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er die fraktionelle und spalterische Tätigkeit der Gruppe um die "Rote Fahne" aktiv unterstützt und was das entscheidendste war, weil er einem Vorbereitungskomitee für die Neugründung einer Partei angehört. Da Jocha nicht zwei Parteien angehören kann, wurde er auf Antrag der BO Förderbetrieb Matzen-Auersthal von der Bezirksleitung am 9. Sept. 1965 aus der KPÖ ausgeschlossen.

Für die Bezirksleitung

DIE ANTWORT DES GENOSSEN ALFRED JOCHA

Alfred Jocha

Wien 20.,

Dresdnerstraße 48/4

Wien, am 22. September 1965

Liebe Genossin, lieber Genosse!

Aus einem Brief der Bezirksleitung Gänserndorf an die Genossen habe ich erfahren, daß ich am 9. September d.J. von dieser Bezirksleitung aus der KPÖ "ausgeschlossen" wurde.

Da es keine Mitgliederversammlung unserer Betriebsorganisation (BO) gab, in der der Ausschlußantrag gegen mich zur Debatte gestellt worden wäre, hatte ich keinerlei Gelegenheit zu einer Stellungnahme. Mir bleibt daher nur die Möglichkeit, mich in einer eigenen Aussendung an Dich zu wenden und in dieser Form zu den Behauptungen Stellung zu nehmen, die der offene Brief der Bezirksleitung enthält.

Die Verfasser des offenen Briefes der BL Gänserndorf haben recht, wenn sie feststellen, daß ich in vielen Fragen mit der jetzigen Politik der KPÖ nicht einverstanden bin. Sie haben aber unrecht, wenn sie behaupten, daß ich meine Meinung innerhalb der Partei "völlig uneingeschränkt" vertreten konnte. Gerade wegen meiner kritischen Ein-

stellung zu der revisionistischen Politik der Parteiführung hat man mich doch schon vor Monaten meiner Funktionen als Mitglied der Landesleitung Niederösterreich der KPÖ und als Mitglied der Bezirksleitung enthoben! War das die "völlig uneingeschränkte" Möglichkeit, meinen politischen Standpunkt zu vertreten? Alle Genossen, die an der Mitglieder-versammlung unserer BO nach dem Parteitag anwesend waren, werden sich auch daran erinnern können, wie der BO-Obmann Brust nach meinem damaligen Diskussionsbeitrag gedroht hat: "Jetzt ist aber Schluß! Wenn du noch Mitglied bleiben willst, mußt du dich entscheiden!" Ist das etwa ein "völlig uneingeschränktes" Recht auf Verteidigung meiner politischen Überzeugungen?

Nach Enthebung von meinen Leitungsfunktionen hat die Parteiführung von mir unter Androhung des Ausschlusses gefordert, daß ich mich "entscheiden" müsse. Das habe ich getan. Ich habe mich entschieden, meinen als richtig erkannten politischen Überzeugungen treu zu bleiben!

Das Verhalten der Parteiführung, die mich durch Maßregelungen und Ausschußdrohungen unter Druck gestellt hat, hat mich nicht von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugen können. Sie hat mich vielmehr davon überzeugt, daß jeder, der - wie es bei einem Kommunisten selbstverständlich ist - nicht nur vom Marxismus redet, sondern ihn ernsthaft verteidigt, früher oder später von der Parteiführung gemäßregelt und am Ende ausgeschlossen wird.

Die Zustände in der KPÖ gleichen daher immer mehr denen in der SPÖ: Jeder kann sich über die Politik der Parteiführung denken, was er will, er darf seiner Unzufriedenheit im kleinen Kreis sogar auch durch ein paar "harte Worte" Luft machen - aber wehe, er tut mehr: dann wird er enthoben, gemäßregelt oder fliegt er. Ebenso wie in der SPÖ ist es daher jetzt auch in der KPÖ unmöglich geworden, der schädlichen Politik der Führung wirkungsvoll entgegenzutreten, ohne Maßregelungen oder dem Ausschluß zu verfallen!

Mir ist nach meinem so hinterhältig inszenierten Ausschluß noch klarer geworden, daß man den Kampf für die Lebensinteressen der österreichischen Arbeiterklasse, den Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion, gegen Reformismus und Revisionismus heute nicht mehr ernsthaft führen kann, wenn man sich allen Weisungen der KPÖ-Führung unterordnet. Man muß diesen notwendigen Kampf jetzt in neuen Formen führen, wobei der Kampf der innerhalb der KPÖ verbliebenen anti-revisionistischen Kräfte umso eher Aussichten auf Erfolge haben wird, je besser und kräftiger sich die Marxisten-Leninisten außerhalb der KPÖ und unabhängig vom Einfluß ihrer gegenwärtigen Führer organisieren. Mit anderen Worten: Soll unsere bisherige Arbeit nicht vergebens gewesen sein, müssen sich die den revolutionären Überzeugungen treu bleibenden Genossen innerhalb und außerhalb der KPÖ zusammenschließen, muß eine wirklich kommunistische Partei in Österreich neugegründet werden!

Mit einer solchen Überzeugung bekenne ich mich nicht zum "Fraktionismus" oder zur "Spaltertätigkeit", wie es jene behaupten, die mich ausgeschlossen haben. Ich bin kein Fraktionist, sondern ein Kommu-

nist und will es bleiben! Fraktionisten und Spalter der Arbeiterbewegung waren und sind immer diejenigen, die von den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus abweichen und dadurch den Widerstand jener Genossen herausfordern, welche die Treue zur proletarischen Sache höher stellen als die Treue zu untreuen Führern. Wäre es nicht so, dann hätten ja auch die SP-Führer recht, wenn sie sagen, 1918 habe die KPÖ die österreichische Arbeiterbewegung gespalten. Ob Mehrheit oder Minderheit - Spalter sind die, welche den revolutionären Weg der Arbeiterklasse verlassen und welche Genossen ausschließen, nur weil sie sich dagegen wehren, zu Anhängseln der "Sozialpartnerschaft" oder anderer Theorien zu werden, die nur den Zweck haben, den Kapitalismus in unserem Land zu verewigen.

In dem offenen Brief der BL Gänserndorf der KPÖ heißt es abschließend, ich sei über "Antrag der BO Förderbetrieb Matzen-Auersthal" ausgeschlossen worden. Auch das ist unwahr. Diese BO hat keinen solchen Antrag beschlossen, ja nicht einmal die BO-Leitung hat ihn gestellt, sondern nur ein Teil dieser Leitung. Ist das demokratisch? Nein! Aber es ist kennzeichnend dafür, auf welch schwachen Füßen die revisionistische Politik steht und wie unpopulär sie unter den Parteimitgliedern ist.

Lieber Genosse! Ich kann in diesem Brief nicht auf alle Fragen eingehen, über die man in dieser Angelegenheit sprechen müßte. Aber ich bin gerne bereit, mit Dir persönlich über meine Beweggründe zu sprechen bzw. die Fragen zu beantworten, die Dich interessieren.

Nicht ich habe mich geändert, sondern die Politik der KPÖ hat sich geändert - zum Schaden der österreichischen Arbeiterklasse. Es hat keinen Sinn, vor dieser Tatsache die Augen zu schließen. Was mich selber betrifft, werde ich meinen als richtig erkannten Überzeugungen wie bisher treu bleiben und meinen Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft fortsetzen. Bestärkt und ermutigt werde ich dabei durch die Solidarität jener Genossen, die ich eben in diesen Tagen als wahre Kollegen und Kommunisten kennen- und schätzen lerne.

Mit proletarischem Gruß

ALFRED JOCHA e.h.

★

## "JETZT VERSTEHE ICH, WARUM DIE NEUGRÜNDUNG DER PARTEI NOTWENDIG IST"

An die  
KPÖ BL. Gänserndorf

Gänserndorf 22.9.1965

Mit Empörung habe ich aus einem--nicht einmal unterschriebenen--Flugblatt der Bezirksleitung Gänserndorf erfahren, daß das Mitglied unserer Betriebsorganisation, Genosse Alfred Jocha, wegen seines Eintretens gegen die

revisionistische Politik der Parteiführung aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Der Ausschluß erfolgte ohne Diskussion und ohne Abstimmung in unserer Betriebsorganisation, sodaß die Parteimitglieder keine Möglichkeit hatten, gegen diese Maßregelung zu protestieren.

Aus Protest gegen diese undemokratische Handlungsweise und aus Solidarität mit Genossen Jocha erkläre ich daher ab sofort meinen Austritt aus der KPO. Ich verstehe jetzt, warum sich immer mehr Genossen finden, welche die Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich für unbedingt notwendig halten.

PS:

Als ich BO-Obmann Brust von meinem Vorhaben Mitteilung machte, aus Protest aus der KPO austreten zu wollen, antwortete er mir, dann habe er wenigstens weniger Arbeit. ES freut mich, daß ich also durch meinen Austritt zu seiner Entlastung beitragen kann.

*Präsident Karl*

## WICHTIGES IN KÜRZE - WICHTIGES IN KÜRZE - WICHTIGES

### EINIGE DATEN ZUR KASCHMIR-FRAGE

Im Oktober 1947 brach zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir ein bewaffneter Konflikt großen Ausmaßes aus. 1949 kam es zu einem Waffenstillstand und im Juli 1949 wurde eine Waffenstillstands-Linie festgelegt. Im August 1953 wurde ein gemeinsames Kommuniqué der Ministerpräsidenten von Pakistan und Indien veröffentlicht, in dem es hieß, daß der Kaschmir-Konflikt "in Übereinstimmung mit den Wünschen des Volkes dieses Landes geregelt werden" sollte. "Die beste Methode zur Feststellung der Wünsche des Volkes", so hieß es weiter im gemeinsamen Kommuniqué, "ist eine faire und unparteiische Volksabstimmung".

Noch am 31. Oktober 1947 hatte Nehru in einem Brief an den pakistanischen Ministerpräsidenten erklärt: "Unsere Versicherung, daß wir, sobald Friede und Ordnung wiederhergestellt sind, unsere Truppen aus Kaschmir zurückziehen werden und die Entscheidung hinsichtlich der Zukunft des Staates dem Volke dieses Staates überlassen werden, ist nicht nur ein Versprechen an Ihre Regierung, sondern auch an das Volk von Kaschmir und an die ganze Welt."

Im Oktober 1956 wurde jedoch in den von Indien besetzten zwei Dritteln Kaschmirs von der indischen Regierung eine verfassungsmäßige Verordnung erlassen, die Kaschmir zu einem "integralen Teil der Indischen Union" erklärte. Im Dezember 1964 beschloß die indische Regierung die Ausdehnung des Wirkungsbereichs zweier Notstandsverordnungen der indischen Verfassung auf Dschammu und Kaschmir, um damit die autoritäre Kontrolle des indischen Präsidenten über diese Gebiete zu sichern.

Zwischen 1962 und 1963 wurden zwischen Indien und Pakistan zahlreiche erfolglose Besprechungen über Kaschmir abgehalten. Den Besprechungen folgten 1963/64 wiederholte bewaffnete Verletzungen der Waffenstillstandslinie durch indische Truppen.

Seit 1948 wurde das Kaschmir-Problem unter amerikanischem Druck der UNO überantwortet. Der Weltsicherheitsrat bildete ein sogenanntes Komitee zur Regelung der Kaschmirfrage, das eine ständige Vertretung nach Kaschmir entsandte, um dessen nationale Selbstbestimmung zu schützen. Indem diese UNO-Vertretung jedoch beide Augen zudrückte, als die indischen Reaktionäre ihre Versprechen brachen und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Kaschmir mit Füßen traten, machte sie sich mitschuldig an dem kriegerischen Versuch, mit dem die indische Regierung schließlich ganz Kaschmir an sich zu reißen hoffte. Die indischen Reaktionäre schätzten den Ausgang einer Volksabstimmung für sich so ungünstig ein, daß sie ihre Durchführung beharrlich sabotierten und lieber an die Waffen appellierten.

### DIE BRANDSTIFTER

Der nachstehende Bericht aus dem Londoner "Daily Telegraph" ist von den Amerikanern zwar wütend dementiert worden, hat aber dennoch in der ganzen internationalen Presse große Beachtung gefunden. Wir zitieren nach der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 15. September 1965:

#### Ein Bericht des «Daily Telegraph»

London, 13. Sept. (UPI) Die britische Zeitung «Daily Telegraph» brachte in ihrer Montagsausgabe einen Korrespondentenbericht aus Delhi, in dem es hieß, der bevorstehende Einmarsch der indischen Truppen nach Pakistan sei mit dem amerikanischen Botschafter abgesprochen worden. In späteren Ausgaben der Zeitung fehlte dieser Hinweis. Der Korrespondent, Victor Anant, behauptet nun nur noch, der amerikanische Geheimdienst habe die indische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß ein Staatsstreich gegen den pakistanischen Präsidenten Ayub Khan bevorstehe.

Der Korrespondent, der Indien verließ, um seinen Bericht unzensuriert veröffentlichen zu können, schreibt dann weiter, er habe triftige Gründe gehabt, zu glauben, daß der amerikanische Botschafter in Delhi, Chester Bowles, im voraus von dem bevorstehenden Einmarsch der indischen Truppen gewußt habe. Der Botschafter habe ihm, Anant, am 4. September, nachdem er mit Premierminister Shastri zusammengetroffen sei, angedeutet, daß die Amerikaner einer indischen Entscheidung zustimmen, den Konflikt mit Pakistan auszuweiten. Von da ab sei er, Anant, in der Lage gewesen, sich die Tatsachen zusammenzureimen. Diese hätten das dringende Interesse des amerikanischen Staates an einer Schwächung des pakistanischen Präsidenten gezeigt.

ag (AFP) Der Sonderkorrespondent des «Daily Telegraph» schrieb u. a.: «Bevor die indische Regierung die Entscheidung traf, gegen Pakistan den Krieg zu eröffnen, hatte der amerikanische Geheimdienst CIA Delhi darüber informiert, daß in Pakistan ein Staatsstreich unmittelbar bevorstehe. Agenten des amerikanischen Geheimdienstes erklärten, daß die politische Macht von Marschall Ayub Khan auf schwachen Füßen stehe und daß der pakistanische Präsident bald einmal abgesetzt werde. Indien besaß ebenfalls Kenntnis von dem Bericht des Geheimdienstes, wonach Pakistan sich darauf vorbereite, Kaschmir anzugreifen. Die Botschaft der Vereinigten Staaten in Delhi wurde darauf vom indischen Beschluß informiert. Posten jenseits der Waffenstillstandslinie in Kaschmir zu besetzen.

Der Autor des Artikels fügte bei, der amerikanische Geheimdienst habe seine Tätigkeit im September 1963 in Pakistan, speziell in der Region von Lahore, zu entfalten begonnen.

### DIE SOWJETISCHEN REVISIONISTEN UND

#### DIE KASCHMIR-FRAGE

Seit Jahren haben die sowjetischen revisionistischen Führer die großmachtchauvinistische und expansionistische Haltung der indischen Regierung in der Kaschmirfrage unterstützt.

Während seines Indien-Besuchs im Dezember 1955 erklärte Chruschtschow in Srinagar: "Die Frage Kaschmirs als eines der Staaten der Republik Indiens ist durch das Volk von Kaschmir selbst gelöst worden."

Seit damals hat die Sowjetregierung den indischen Reaktionären immer mehr Hilfe gegeben und sie bei ihrer Expansionspolitik ermuntert. Auf einem Empfang am 14. August 1961 z. Bsp. sagte Chruschtschow dem Korrespondenten der indischen Wochenzeitung "New Age", daß die Sowjetregierung die Meinung vertrete, daß ganz Kaschmir ein untrennbarer Teil Indiens sei.

Während der Verhandlungen im Weltsicherheitsrat der UNO im Mai 1962 über das Kaschmir-Problem betonte der Sowjetdelegierte Morozow, in seiner Ansprache die Notwendigkeit "des Abzuges der pakistanischen Streitkräfte" aus Kaschmir. Er behauptete, "das Volk von Kaschmir hat sich entschieden, sein Schicksal mit Indien zu teilen".

Im Februar 1964 bestand der sowjetische Vertreter bei der UNO darauf, daß Kaschmir ein untrennbarer Teil Indiens sei.

Nach dem Sturz Chruschtschows versicherten die neuen Führer der Sowjetregierung dem in-

dischen Informationsminister, Frau Ghandi, daß "die sowjetische Politik der Zeit Chruschtschows nicht geändert werden" würde.

Als die indische Regierung im Dezember 1964 beschloß, zwei Notstandsverordnungen der indischen Verfassung auf Kaschmir anzuwenden, berichtete der indische Informationsdienst am 29.12.1964 über die Antwort, die Indien nach Mitteilung des Beschlusses von der Sowjetregierung erhalten hatte: "Die Sowjetregierung stimmt mit der indischen Regierung darin überein, daß die Ausdehnung der Artikel 356 und 357 der Verfassung auf Kaschmir eine rein interne Angelegenheit ist".

Während eines Besuches des indischen Gesandten Kaul beim Vizevorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Poljanski, im August 1965, bekräftigte Poljanski den Standpunkt der Sowjetregierung, daß ganz Kaschmir ein Teil der Indischen Union sei.

Am 24. August 1965 veröffentlichte die "Prawda" einen Artikel, der mit den Worten beginnt: "Beunruhigende Nachrichten kommen aus dem indischen Staat Dschammu und Kaschmir". Im weiteren spendete der Artikel der Politik der indischen Regierung hohes Lob. Die Sowjetunion, so hieß es, "schätzt die allgemeine Orientierung der indischen Außenpolitik hoch ein" und empfinde "tiefen Respekt für das Prestige Indiens".

Am 7. September 1965 erklärte Außenminister Gromyko gegenüber dem indischen Gesandten Kaul in Moskau, "die Sowjetunion würdigt voll die Position Indiens"; die sowjetische Politik in bezug auf Kaschmir bleibe "unverändert". Zu diesem Zeitpunkt rollte bereits der bewaffnete indische Vorstoß gegen Pakistan, um es zum Verzicht auf Kaschmir zu zwingen.

#### DER KAMPF DES INDISCHEN VOLKES GEGEN DEN HUNGER

Berichten aus Neu-Delhi ist zu entnehmen, daß sich der Kampf der Volksmassen gegen die Hungersnot in der zweiten Augushälfte auf neun indische Bundesstaaten ausgedehnt hat und bereits viele hunderttausende Menschen erfaßt. In vielen Orten der Provinz Maharashtra wurde eine "Kampfwoche gegen den Hunger" durchgeführt. In Kolhapur wurde am 19.8. eine erregte Kundgebung gegen die Preissteigerungen und den Nahrungsmittelmangel veranstaltet. Die ausgehungerten Massen stürmten die Getreidemagazine. In Bombay wurde ein Hungerstreik durchgeführt. Am 22.8.65 hielten die empörten Massen im Staate Madhya Pradesh einen mit Getreide beladenen Wagen auf und verteilten den Inhalt. Im Gebiet von Poona bei Bombay wurden "Komitees gegen den Hunger" gebildet, die eine breite Boykottbewegung gegen die Getreidepolitik der Regierung organisiert haben. Die enorme Teuerung beim Getreide hat bereits das ganze Preisniveau in die Höhe getrieben. Der allgemeine Preisindex, der in den letzten Jahren um 50 % gestiegen war, erhöhte sich allein in den Wochen von Mai bis Juli um weitere 10 %, während die Getreidepreise allein im Juli um weitere 10 % stiegen. Die indische Regierung versucht, den Existenzkampf des Volkes mit Waffengewalt zu unterdrücken. Sie hat die Polizei in ganz Indien angewiesen, auf die demonstrierenden Massen das Feuer zu eröffnen, wenn sie sich nicht vertreiben lassen. Ansammlungen von mehr als 5 Personen wurden verboten. Nach unvollständigen Angaben haben die Behörden bei Teuerungs- und Hungerdemonstrationen bereits 18.000 Verhaftungen durchgeführt.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101